



# Freiheit statt Sicherheitswahn

Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind – der „Big Brother“ Staat und die „Little Brothers“ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer. Diese Totalüberwachung bringt enorme Missbrauchs- und Fehlerrisiken mit sich. Die BND-Bespitzelung ist nur das neueste Beispiel dafür, dass die ausufernde Überwachung unserer freiheitlichen Demokratie insgesamt schadet.

Hinzu kommt: Wer sich ständig überwacht und beobachtet fühlt, kann sich nicht mehr unbefangen und mutig für seine Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Es entsteht eine unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, die „nichts zu verbergen“ haben und dem Staat gegenüber – zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit – ihre Freiheitsrechte aufgeben. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht! Sicherheit um jeden Preis – koste es, was es wolle – lehnen wir ab.

Um gegen Sicherheitswahn und die ausufernde Überwachung zu protestieren, gehen wir auf die Straße. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, an unserem Protest teilzunehmen. Die Politiker sollen sehen, dass sich die Bürger für ihre Privatsphäre wieder einsetzen!

## ***Unsere Forderungen für mehr Freiheit statt Sicherheitswahn:***

### **1. Überwachung reduzieren**

Wir fordern

- keine Totalprotokollierung von Telefon, Handy und Internet (Vorratsdatenspeicherung),
- Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raums,
- Stopp von Biometrie und RFID-Chips in Ausweisen und Pässen,
- Stopp der Massenübermittlung von Fluggastdaten,
- kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich auf öffentlichen Straßen.

### **2. Bestehende Überwachungsgesetze auf den Prüfstand stellen**

Wir fordern eine unabhängige Überprüfung aller seit 1968 beschlossenen Überwachungsgesetze auf ihre Wirksamkeit und schädlichen Nebenwirkungen.

### **3. Stopp für neue Überwachungsgesetze**

Nach der inneren Aufrüstung der letzten Jahre fordern wir einen sofortigen Stopp neuer Gesetzesvorhaben.

## ***Was Sie tun können:***

### **1. Schreiben Sie Ihren Abgeordneten**

### **2. Engagieren Sie sich in einer Bürgerrechtsgruppe**

Eine Liste von Bürgerrechtsgruppen finden Sie unter [www.freiheit-statt-sicherheitswahn.de](http://www.freiheit-statt-sicherheitswahn.de).

# Vorratsdatenspeicherung – Totalprotokollierung der Telekommunikation

## **Amerikanischer Abhörskandal erfordert Umdenken auch in Europa**

In den letzten Wochen ist bekannt geworden, dass der amerikanische Geheimdienst NSA die Telefon-Verbindungsdaten von 200 Millionen Amerikanern sammelt. Es handelt sich dabei um die „größte Datenbank der Welt“. Die gespeicherten Kommunikationsdaten werden automatisch auf Auffälligkeiten geprüft; „soziale Netzwerke“ der Gesprächsteilnehmer werden offengelegt.

Die EU-Staaten haben im Februar 2006 ebenfalls eine systematische und verdachtslose Vorratsspeicherung der Verbindungsdaten der gesamten Bevölkerung beschlossen. Wenn dieses Vorhaben umgesetzt wird, kann monatelang nachvollzogen werden, wann wir mit wem per Telefon, Handy oder Email kommuniziert haben, mit wem wir in Kontakt stehen, wer unsere Freunde sind, in welchen Gruppen wir uns engagieren und wofür wir uns interessieren. Eine unbefangene, vertrauliche Telekommunikation wäre nicht mehr möglich. Die geplante Totalprotokollierung würde außerdem die Nutzung von Telefon, Handy und Internet erheblich verteuern.



**PRIVACY  
IS NOT  
A CRIME**

Zur Kriminalitätsbekämpfung ist die Vorratsdatenspeicherung nicht geeignet. „Für Kriminelle bliebe es einfach, mit relativ simplen technischen Mitteln eine Entdeckung zu verhindern“, so der Europäische Verband der Polizei in einer Stellungnahme. „Das Ergebnis wäre ein enormer Aufwand mit wenig mehr Wirkung auf Kriminelle und Terroristen, als sie etwas zu verärgern“.

In Deutschland hätten nicht nur Strafverfolger Zugriff auf die Kommunikationsdaten, sondern auch Geheimdienste aufgrund des „Terrorismusbekämpfungsgesetzes“. Auch die Musikindustrie soll auf die Daten zugreifen dürfen, so der Entwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums“. Daneben hätten ausländische Staaten wie die USA aufgrund internationaler Verträge (z.B. „Cybercrime-Konvention“) Zugriffsrechte.

Sollten die Pläne zur Vorratsdatenspeicherung umgesetzt werden, sind Missbräuche der protokollierten Daten zu erwarten. Zahlreiche Beispiele in der Vergangenheit zeigen, dass sich der Missbrauch geheimer Überwachungsbefugnisse nicht verhindern lässt. Bekannt geworden ist etwa die Bespitzelung kritischer Journalisten und Aktivisten in Deutschland, politischer Gegenspieler in Frankreich sowie von Menschenrechts- und Umweltverbänden in Großbritannien und den USA.

Patrick Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung erklärt dazu: „Die einzige Möglichkeit, um Missbräuche unserer Kommunikationsdaten im In- und Ausland effektiv zu verhindern, ist der Verzicht auf die verdachtslose Vorratsdatenspeicherung. Andernfalls werden sich regierungskritische Personen verstärkt auf Überwachung, Durchsuchungen, Befragungen und Grenzzurückweisungen einstellen müssen – mit entsprechenden Folgen für unsere demokratische Gesellschaft.“

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern, der die Arbeit gegen die geplante Vollprotokollierung der Telekommunikation koordiniert.

Internet: <http://initiative.stoppt-die-vorratsdatenspeicherung.de>